



# HESSISCHER LANDTAG

15. 09. 2015

Plenum

## Antrag der Fraktion der FDP

### betreffend erste Schritte zur Neuausrichtung der Drogenpolitik gehen - Frankfurter Modellprojekt zur kontrollierten Cannabis-Abgabe unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass es sowohl aus juristischen, gesundheitspolitischen wie auch aus gesellschaftlichen Aspekten bei dem Umgang mit Cannabis erheblichen Handlungsbedarf gibt. Die Anhörung zur Suchtprävention in Hessen hat zum einen gezeigt, dass etwa bezüglich der medizinischen Nutzung von Cannabis dergestalt, dass für Schwerstkranke entsprechende Medikamente zu bezahlbaren Preisen beziehungsweise durch die Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen verfügbar sein sollten, große Einigkeit besteht. Zudem sind die unterschiedlichen Regelungen der Bundesländer bezüglich Strafverfolgungsgrenzen bei geringfügigen Mengen zum Eigenbedarf untragbar, da die Strafbarkeit damit von Zufällen wie dem Aufgriffsort innerhalb der Bundesrepublik abhängig gemacht wird. Auf der anderen Seite ist politisch wie unter Experten nach wie vor umstritten, ob der Schwarzmarkt durch eine legale und streng kontrollierte Abgabemöglichkeit wirklich deutlich eingeschränkt werden könnte oder ob es lediglich zur Verlagerung von Konsumentenströmen käme, etwa weil minderjährige Konsumenten nach wie vor auf illegale Bezugswege angewiesen wären. Gleiches gilt für die generalpräventive Wirkung eines Cannabisverbotes.
2. Der Landtag sieht daher weiteren Erörterungsbedarf, welche konkreten Maßnahmen erforderlich und zielführend sind, um einerseits die unverhältnismäßige und unwirtschaftliche Kriminalisierung von Konsumenten zu verhindern, andererseits aber dem Jugendschutz sowie gesundheits- und kriminalpolitischen Zielen gerecht zu werden. Daher unterstützt der Landtag die Forderung der 122 Strafrechtsprofessoren des "Schildower Kreises" und spricht sich für die Einrichtung einer Enquetekommission auf Bundesebene aus, die sich intensiv mit den skizzierten sowie weiteren offenen Fragestellungen befassen und Vorschläge zur Anpassung des Rechtsrahmens machen soll.
3. Der Landtag sieht im Vorschlag der Frankfurter Gesundheitsdezernentin Rosemarie Heilig, einen Modellversuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis in Frankfurt durchzuführen, eine praktikable Möglichkeit, um wichtige Erkenntnisse zum etwaigen Nutzen und den Auswirkungen einer Lockerung des Cannabisverbots zu gewinnen. Ein Modellprojekt, welches in enger Zusammenarbeit mit Forschungsstellen, Suchthilfeträgern, der Polizei, der Staatsanwaltschaft sowie Drogenexperten durchgeführt und evaluiert wird, bietet insbesondere die Gelegenheit, die tatsächlichen Folgen für die Entwicklung des Schwarzmarkts, das Konsumverhalten sowie die gesundheitspolitischen Folgen zu eruieren. Besonderes Augenmerk muss im Rahmen des Projektes auf den konsequenten Jugendschutz sowie auf die Entwicklung eines Systems gelegt werden, das eine kontrollierte Abgabe nicht durch Fremdstoffe verunreinigten Materials ermöglicht, um Konsumenten effektiv zu schützen.
4. Der Landtag unterstützt daher die Frankfurter Gesundheitsdezernentin in ihrem Vorschlag und fordert die Landesregierung auf, ein entsprechendes Modellprojekt gemeinsam mit der Stadt Frankfurt auf den Weg zu bringen. Hierzu soll die Landesregierung insbesondere die Antragsstellung beim Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte unterstützen sowie die Ausgestaltung des Projektes mit den zuständigen Bundesstellen konstruktiv begleiten und für die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen sorgen.

#### Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15. September 2015

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Rock**